

Staatsrecht I

Gröpl

16. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-82361-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
Staatsrecht I
Christoph Gröpl


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht I

Staatsgrundlagen
Staatsorganisation
Verfassungsprozess

mit Einführung in das
juristische Lernen

von

Dr. Christoph Gröpl

o. Professor an der Universität des Saarlandes

16. Auflage 2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag:
Gröpl StaatsR I Rn. 1

beck-shop.de
beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82361 9
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82362 6

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

*Für
Friederike, Konstanze,
Ferdinand und Ludwig*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 16. Auflage

Diese 16. Auflage meines Lernbuchs erscheint im Jubiläumsjahr zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes am 23. Mai 2024. Noch – und hoffentlich weiterhin – haben wir das Glück, in der demokratischsten und rechtsstaatlichsten Verfassung zu leben, die es je in einem deutschen Gemeinwesen gab. Ihre freiheitlichen Errungenschaften werden freilich in Mitleidenschaft gezogen, nicht nur von extremistischen Gesinnungen, sondern mitunter auch unter Berufung auf den Zeitgeist der – vermeintlichen? – Mehrheit. Vielleicht täte unserem Verfassungsdiskurs manchmal etwas mehr Bedacht auf die eigentlichen Werte des Grundgesetzes statt auf den „Wertewandel“ gut.

Die Reform des Wahlrechts für den Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2023 wurde bereits in der Voraufgabe berücksichtigt. Mit seinem Urteil vom 30. Juli 2024 hat das Bundesverfassungsgericht diese Reform im Wesentlichen als verfassungsgemäß angesehen. Ich freue mich, dass ich Grundzüge dieses Urteils fast „in letzter Minute“ vor Redaktionsschluss für diese Auflage noch einarbeiten konnte.

Herzlichen Dank sage ich meinen Lehrstuhlmitarbeitern, die mir für diese Auflage wertvolle Unterstützung zuteilwerden ließen, namentlich den Damen Dipl.-Juristinnen *Veronica Wagner* und *Caroline Jung*.

Saarbrücken, im August 2024

Christoph Gröpl

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Die Vorlesung *Staatsrecht I* ist nicht bei allen Studienanfängern beliebt. Zivil- und Strafrecht liegen bisweilen näher: In Gedanken sieht man sich schon beim Plädieren für den übervorteilten Mieter, beim Vernehmen des Angeklagten oder beim Aushandeln von „Deals“ in „Mergers & Acquisitions“. Da erscheint das Staatsrecht störend, eine lästige Verlängerung des Fachs Sozialkunde aus dem Schulunterricht. Wer so denkt, ist hier trotzdem willkommen: Das vorliegende Buch ist *auch* für Studentinnen und Studenten geschrieben, die mit dem Staatsrecht später nichts zu tun haben wollen. Es wird ihnen ohnehin kaum gelingen. *Staatsrecht I* ist mit der Anatomievorlesung im Medizinstudium vergleichbar: Jeder Mediziner benötigt Kenntnisse darin, auch wenn er längst keine Leiche mehr präpariert. In ähnlicher Weise „verfolgen“ jeden Juristen etwa Fragen des Rechtsstaatsprinzips ein Berufsleben lang. Auch wird von einem Juristen mit gewissem Niveau erwartet, dass er z.B. weiß, was ein Gesetz ist, dass er feststellen kann, wann es in Kraft getreten ist und ob es von Bundes- oder Landesbehörden vollzogen wird. Nicht nur vor diesem Hintergrund ist das Staatsrecht eine der Kernmaterien der juristischen Prüfungen – und wird es bleiben.

Dieses Buch wendet sich nicht an Experten. Details und Vertiefungen suche man in den „pandektischen“ Darstellungen des Staatsrechts, von denen es einige gute gibt.

Ganz herzlich danken möchte ich den ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern an meinem Lehrstuhl, die mich sehr engagiert und erfolgreich unterstützt haben, insb. Frau Assessorin *Victoria Herbert*, Frau Assessorin *Luisa Mertiny*, Herrn Rechtsanwalt *Dr. Markus Groß*, Herrn Rechtsreferendar *Christoph Keller*, Frau Dipl.-Juristin *Inga Breitbach*, den Herren stud. iur. *Reinald Georg*, *David Haus* und *Tobias Raab* sowie meiner Sekretärin Frau *Marlies Weber*.

Auch für dieses Lernbuch gilt die Erkenntnis von *Karl Popper*: „Kein Buch wird jemals fertig; während wir daran arbeiten, lernen wir immer gerade genug, um seine Unzulänglichkeit zu sehen, wenn wir es der Öffentlichkeit übergeben.“ In diesem Sinne freue ich mich über Verbesserungsvorschläge und danke im Voraus für konstruktive Kritik, am einfachsten per E-Mail an: lehrstuhl@groepl.uni-saarland.de.

Saarbrücken/St. Ingbert, im Juli 2008

Christoph Gröpl

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 16. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis weiterführender Literatur	XLI

Rn. S.

Vorbemerkungen

§ 1. Kurze Einführung in das juristische Lernen	1	1
---	---	---

Teil I. Grundlagen und Grundbegriffe

§ 2. Gegenstand des Staatsrechts	76	18
§ 3. Einordnung des Staatsrechts	90	21
§ 4. Verfassung – Grundgesetz	124	29

Teil II. Staatsgrundlagen und Staatsziele

§ 5. Allgemeines	217	58
§ 6. Demokratie	247	65
§ 7. Rechtsstaat	422	112
§ 8. Republik	521	141
§ 9. Bundesstaat	531	144
§ 10. Sozialstaat	662	176
§ 11. Finanzstaat, Finanzverfassung	697	186
§ 12. Umwelt- und Tierschutz	769	208
§ 13. Bestand des Verfassungsstaates – „wehrhafte Demokratie“	779	211
§ 14. Offene Staatlichkeit – Deutschland in Europa	808	221

Teil III. Organe, Kompetenzen und Funktionen

§ 15. Gewaltenteilung	864	237
§ 16. Bundestag und Bundesrat	911	250
§ 17. Gesetzgebung und Normsetzung	1072	294
§ 18. Regierung und Verwaltung	1238	334
§ 19. Rechtsprechung	1426	379

Verzeichnisse	433
---------------------	-----

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 16. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXV
Verzeichnis weiterführender Literatur	XLI

Rn. S.

Vorbemerkungen

§ 1. Kurze Einführung in das juristische Lernen	1	1
I. Drei „klassische“ juristische Lehrgebiete	1	1
II. „Juristisches Handwerkszeug“	4	1
1. Ausgangsbefund	4	1
2. Methode	5	2
a) Definition/Interpretation	5	2
b) Subsumtion	7	2
c) Recht und Sprache	8	2
d) Mehrdeutigkeit von Wörtern	9	3
e) Notwendige Abstraktion der Gesetzessprache	11	3
f) Fazit	14	3
3. Prüfungsrelevanz	15	4
4. Erfassen des Sachverhalts einschließlich der Aufgabenstellung (des Bearbeitervermerks)	17	4
a) Sachverhalt	17	4
b) Bearbeitervermerk	19	5
aa) Rechtmäßigkeit	19	5
bb) Verfassungsmäßigkeit	20	5
cc) Formelle und materielle Prüfung	22	5
dd) Prozessualer Teil	26	6
5. Gliederung	29	7
6. Niederschrift: juristische Darstellung	31	8
a) Formales, insbesondere Rechtschreibung und Stil	31	8
b) Gutachtenstil, Syllogismus	34	8
c) Zitieren von Normen	48	11
III. Lernstrategien	55	13
1. „Weniger ist mehr“	55	13

	R.n.	S.
2. „Locker leben und hart arbeiten“	57	13
3. Stoffaneignung	63	14
a) Keine Litanei: Arbeit mit dem Gesetz	63	14
b) „Mutter des Erfolgs“: konsequente Wiederholung	67	15
c) „Übung macht den Meister“	70	16
d) Zu guter Letzt	72	16

Teil I. Grundlagen und Grundbegriffe

§ 2. Gegenstand des Staatsrechts	76	18
I. Recht	77	18
II. Staat	80	19
1. Staatsrecht – Staatsrechtslehre – Staatslehre	80	19
2. Völkerrecht	81	19
3. Juristische Verselbständigung	84	20
§ 3. Einordnung des Staatsrechts	90	21
I. Öffentliches Recht und Privatrecht	91	21
1. Zweiteilung der verschiedenen Rechtswege	91	21
2. Unterschiedliche Konzepte	95	22
3. Abgrenzungstheorien	100	24
4. Teilgebiete des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	104	24
II. Staatsrecht und Verwaltungsrecht	108	25
1. Staatsrecht	109	25
a) Inhalt	109	25
b) Verfassungsrecht	114	26
c) Bundes- und Landesverfassungsrecht	117	27
d) Europarecht	118	27
2. Verwaltungsrecht	119	27
a) Allgemeines Verwaltungsrecht	120	28
b) Besonderes Verwaltungsrecht	121	28
c) Sozialrecht und Steuerrecht	122	28
§ 4. Verfassung – Grundgesetz	124	29
I. Verfassungsfunktionen	124	29
1. Allgemeines	124	29
2. Verfassung im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat	126	30

	Rn.	S.
II. Verfassungsautorität	131	31
1. Erschwerte Abänderbarkeit	132	31
2. Vorrang der Verfassung	134	32
3. Exkurs: Normenkonkurrenzen und juristische Kollisionsregeln	147	35
III. (Kleine) Verfassungsgeschichte	152	39
IV. Verfassungsgebung	158	40
1. Verfassungsgebende und verfasste Staatsgewalt	158	40
2. Verfassungsänderungen	161	41
a) Fundamentalreformen	161	41
b) „Einfache“ Verfassungsänderungen	162	41
V. Verfassungsstaat	164	42
1. Grundgesetz und Verfassungen der Länder	164	42
2. Entstehung des Grundgesetzes	167	43
3. Deutsche Einheit	173	44
4. Legitimationsdefizit des Grundgesetzes?	176	45
5. Gliederung	177	46
VI. Verfassungstext – Verfassungsauslegung	187	49
1. Fehlende Eindeutigkeit des Verfassungstextes	187	49
2. Rechtsanwendung – juristische Methode	189	50
3. Auslegung (Interpretation)	192	51
4. Rechtsfortbildung, Verfassungsfortbildung	201	53
5. Methodendilemma – Methodenstreit	207	54
6. Besonderheiten der Verfassungsauslegung	211	55

Teil II. Staatsgrundlagen und Staatsziele

§ 5. Allgemeines	217	58
I. Bedeutung	217	58
II. Staatsgrundlagen – Staatsfundamentalnorm	220	59
1. Begriff	220	59
2. Unabänderliche Grundlagen	222	59
3. Menschenwürdegarantie als oberste Verfassungs- direktive	224	60
4. Art. 20 GG als Staatsfundamentalnorm	226	60
a) Inhalt	226	60
b) Unmittelbar geltendes, aber abstraktes Verfas- sungsrecht	231	61
c) Erstreckung auf die Länder	235	62

	R.n.	S.
5. Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung („FDGO“)	238	62
6. Weitere Strukturvorgaben des Grundgesetzes	241	63
III. Staatsziele – Staatszielbestimmungen	243	64
§ 6. Demokratie	247	65
I. Volkssouveränität	248	65
1. Begriff	248	65
2. Staatsvolk	251	66
a) Formale statt materielle Anknüpfung	252	67
b) Abstrakte Bestimmung	253	67
3. Ursprung und Ausübung der Staatsgewalt	256	68
a) Ausübung der Staatsgewalt unmittelbar durch das Volk	257	68
b) Ausübung der Staatsgewalt durch „besondere Organe“	258	69
4. Legitimation	262	69
a) Unmittelbare und mittelbare Legitimation	262	69
b) Arten der Legitimation	265	70
aa) Institutionell-funktionelle Legitimation	266	71
bb) Organisatorisch-personelle Legitimation	268	71
cc) Sachlich-inhaltliche Legitimation	271	72
II. Formen der Demokratie	275	73
1. Direkte (unmittelbare) Demokratie als Urform und Utopie	275	73
2. Repräsentative Demokratie	277	74
a) Legitimation durch Repräsentation	278	74
b) Gesamtrepräsentation; freies statt imperatives Mandat	281	75
c) Parlamentsvorbehalt (Wesentlichkeitslehre)	286	76
3. Anreicherung der repräsentativen Demokratie mit plebiszitären Elementen	290	78
III. Regierungssysteme (Regierungsformen)	293	79
1. Abgrenzungen	293	79
2. Parlamentarisches Regierungssystem	294	80
3. Präsidiales Regierungssystem	295	80
4. Mischsystem	298	81
5. Regierungssystem des Grundgesetzes	299	81
IV. Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz	303	82
1. Pluralismus und Mehrheitsprinzip	304	82
a) Notwendigkeit der Meinungsvielfalt	304	82
b) Notwendigkeit von Mehrheitsentscheidungen	305	83
c) Arten der Mehrheit	307	83

	R.n.	S.
2. Minderheitenschutz und Oppositionsrechte	320	86
a) Verwurzelung des Minderheitenschutzes	320	86
aa) Demokratieprinzip	321	86
bb) Rechtsstaatsprinzip und Grundrechte	323	87
b) Stellung der parlamentarischen Opposition	325	87
V. Wahlen	337	91
1. Bedeutung	337	91
2. Periodizität der Wahlen	339	91
a) Herrschaft auf Zeit	340	91
b) Wahlzyklus	342	92
3. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	344	93
4. Wahlrechtsgrundsätze	354	95
a) Abgrenzung zum Wahlsystem	354	95
b) Allgemeinheit der Wahl	355	96
c) Unmittelbarkeit der Wahl	358	96
d) Freiheit der Wahl	359	97
e) Gleichheit der Wahl – Neutralitätsgebot	360	97
f) Geheimheit der Wahl	368	99
g) Öffentlichkeit der Wahl	369	100
h) Rechtscharakter	370	100
VI. Politische Parteien	371	100
1. Begriff	371	100
a) Einfachgesetzliche Definition	371	100
b) „Europaparteien“, „Freie Wähler“, „Ausländerparteien“	374	101
c) Freiheit vom Staat und von gesellschaftlichen Organisationen	376	101
2. Funktion: Mitwirkung an der politischen Willensbildung	378	102
3. Freiheit der Gründung und der Betätigung	383	103
4. Innerparteiliche Demokratie	384	104
5. Chancengleichheit der Parteien	390	105
6. Fraktionen	397	107
7. Parteienfinanzierung	398	107
a) Grundlagen	398	107
b) Unmittelbare staatliche Parteienfinanzierung	402	108
c) Mittelbare staatliche Parteienfinanzierung	405	109
d) Restriktionen bei Zuwendungen Dritter	408	110
e) Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung	410	110
8. Parteiverbot	411	111
VII. Interessenverbände und Lobbyismus	417	111

	R.n.	S.
§ 7. Rechtsstaat	422	112
I. Begriff des Rechtsstaats	422	112
1. Herleitung und Inhalt	422	112
2. Rechtsstaatlichkeit im formellen und im materiellen Sinn	426	113
II. „Formelle Elemente“ des Rechtsstaats	430	114
1. Gewaltenteilung	430	114
2. Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns	431	114
a) Begriffsklärungen	432	115
aa) Formelles und materielles Recht	432	115
bb) Gesetz im formellen und Gesetz im materiellen Sinn	434	115
cc) „Gesetz und Recht“	440	117
b) Vorrang von Verfassung und Gesetz	444	118
aa) Anwendungsgebot und Abweichungs- verbot	445	118
bb) Vorrang der Verfassung	446	118
cc) Vorrang des Gesetzes	448	119
dd) Verwerfungskompetenz, Verwerfungs- monopol	449	119
c) Vorbehalt des Gesetzes	454	120
aa) Ergänzungs- und Legitimationsfunktion .	455	120
bb) Differenzierung nach Lebensbereichen .	456	121
cc) Vom Vorbehalt des Gesetzes zum Parlamentsvorbehalt	460	122
3. Prozessuale Dimension: Rechtsweggarantie, Justizgewähr und Justizgrundrechte	464	123
a) Rechtsweggarantie	464	123
b) Allgemeiner Justizgewährungsanspruch	465	123
c) Justizgrundrechte	466	123
4. Begründungspflicht für Hoheitsakte	466a	124
III. „Materielle Elemente“ des Rechtsstaats	467	124
1. Rechtssicherheit	468	125
a) Verlässlichkeit und Beständigkeit der Rechts- ordnung	468	125
b) Rechtsklarheit, Rechtswahrheit und Rechts- bestimmtheit	469	125
aa) Inhaltliche Dimensionen; Verwurzelung .	470	125
bb) Differenzierte Maßstäbe	474	126
cc) Unbestimmte Rechtsbegriffe, Ermessen, Generalklauseln	476	126
dd) Verweisungen	480	128

	Rn.	S.
c) Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot . . .	485	129
aa) Herleitung	486	129
bb) Grundlagen und Abgrenzung	488	130
cc) Echte und unechte Rückwirkung	490	130
dd) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit	492	131
ee) Beseitigung des Vertrauens, Ankündi- gungseffekt	498	133
2. Unmittelbare Geltung der Grundrechte	504	135
3. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Übermaßverbot)	507	136
4. Willkürverbot	517	139
IV. Unterscheidung von Staat und Gesellschaft	520	140
§ 8. Republik	521	141
I. Allgemeines	521	141
II. Formelles Verständnis: „Nicht-Monarchie“	523	141
III. Materielles Verständnis: Freiheitlichkeit, Gemeinwohlverpflichtung	528	142
§ 9. Bundesstaat	531	144
I. Allgemeines	531	144
1. Wesen eines Bundesstaats	531	144
2. Abgrenzung zum Einheitsstaat und zum Staatenbund	536	145
II. Deutschland als Bundesstaat	540	146
1. Entwicklung zum heutigen Bundesstaat	540	146
2. Bundesstaatlichkeit im Grundgesetz: Grundprinzip und Ausformungen	546	147
3. Bestandsgarantie der Länder – Neugliederung . . .	548	148
a) Institutionelle Garantie der Länder	549	148
b) Neugliederung des Bundesgebiets: Allgemeines	551	149
c) Möglichkeiten zur Neugliederung des Bundesgebietes	552	149
4. Homogenitätsgebot; Normativ- und Durchgriffs- bestimmungen	559	151
a) Föderative Vielfalt und ihre Schranken	559	151
b) Normativbestimmungen	561	151
c) Durchgriffsbestimmungen	565	152
5. Kompetenzverteilungsregeln	566	153
a) Horizontale und vertikale Gewaltenteilung . . .	566	153
b) Ausgangsvermutung zugunsten der Länder . . .	569	153

	R.n.	S.
6. Verhältnis von Bundes- und Landesrecht	573	154
a) Bundesrecht bricht Landesrecht	574	154
aa) Vorfrage der Gültigkeit (Gesetzgebungs- kompetenz)	575	155
bb) Rechtsfolgen von Kollisionen	578	155
b) Sonderregelungen	581	156
aa) Verhältnis von Bundes- und Landes- grundrechten	581	156
bb) Verhältnis von sonstigem Landes- verfassungsrecht zu Bundesrecht	585	157
7. Bundestreue	586	157
8. Bundeszwang	597	160
9. Auswärtige Beziehungen	602	161
a) Verbandskompetenz des Bundes als Grundsatz .	603	161
b) Sonderregelungen	605	162
c) Organkompetenz	608	162
III. Kooperativer Föderalismus	609	163
1. Verschränkung der bundesstaatlichen Gewalten . .	609	163
2. Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebens- verhältnisse	616	164
3. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammen- arbeit	618	164
4. Verfassungsrechtlich nicht geregelte Kooperations- formen	626	167
a) Entwicklungen in der Praxis; verfassungsrecht- liche Zulässigkeit	627	167
b) Kooperationsformen ohne rechtliche Bindungs- wirkung	630	167
c) Kooperationsformen mit rechtlicher Bindungs- wirkung	633	168
IV. „Unitarischer Bundesstaat“ – Reform der föderativen Ordnung	638	169
1. Vereinheitlichung, Nivellierung, Blockierung	638	169
a) Unitarische Tendenzen im Staatsorganisations- recht	638	169
b) Unitarische Wirkung der Grundrechte	641	170
2. Gegensteuerung: Reform der föderativen Ordnung	643	171
a) Verfassungsreform von 1994	643	171
b) Föderalismusreformen I und II sowie Folgeänderungen	644	172

	R.n.	S.
V. Kommunale Selbstverwaltung	646	172
1. Begriff der Gemeinden und Gemeindeverbände . .	646	172
2. Rechtsstellung der Kommunen	651	173
3. Wirkungskreis der Kommunen	653	173
a) Selbstverwaltungsangelegenheiten	653	173
b) Auftragsangelegenheiten	656	174
4. Unmittelbare demokratische Legitimation	658	175
5. Rechtsstreitigkeiten und Rechtsschutz	660	175
§ 10. Sozialstaat	662	176
I. Geschichtlich-soziologischer Hintergrund	662	176
II. Sozialstaatlichkeit als Staatsgrundlage	666	177
1. Objektives Verfassungsprinzip	666	177
a) Unabänderlichkeit	666	177
b) Verpflichtung des Staates	667	177
c) Keine Ansprüche unmittelbar aus dem Sozialstaatsprinzip	668	178
aa) Grundsatz	668	178
bb) Ausnahmen	670	178
2. Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber	673	179
a) Staatszielbestimmung	673	179
b) Gestaltungsspielraum	674	179
c) Kollidierende Abwägungsfaktoren	677	180
d) Untergrenze	681	181
3. Bedeutung für Verwaltung und Rechtsprechung . .	684	181
III. Weiterer Normbefund	685	182
1. Einzelnormen im Grundgesetz	685	182
2. Zurückhaltung des Grundgesetzes	689	182
3. Einfachgesetzliche Ausgestaltung	693	183
a) Umverteilung als Methode der Sozialstaat- lichkeit	693	183
b) Hohe Sozialquote	695	184
c) Einzelbereiche	696	184
§ 11. Finanzstaat, Finanzverfassung	697	186
I. Bedeutung	697	186
1. Finanzstaat	698	187
2. Gliederung der Finanzverfassung	701	187
II. Finanzverfassung im engeren Sinn	704	188
1. Steuern und andere Abgaben	705	188
a) Bedeutung und Begriff der Steuer	705	188
b) Andere Abgaben	707	189

	R.n.	S.
2. Steuerhoheiten (Steuerkompetenzen)	715	191
a) Steuerertragskompetenz	716	191
b) Steuergesetzgebungskompetenz	721	193
c) Steuerverwaltungs- und Steuerrecht- sprechungskompetenz	725	194
3. Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern	730	195
a) Finanzkraftausgleich („Umsatzsteuer-Finanz- ausgleich“, horizontaler Finanzausgleich)	731	196
b) Bundesergänzungszuweisungen (vertikaler Finanzausgleich)	732	197
c) Überblick – gesetzliche Ausgestaltung – Streitanfälligkeit	734	197
d) Kommunalen Finanzausgleich	737	198
4. Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern	738	198
a) Prinzipien für die Verteilung der Finanzlasten	739	198
b) Ausnahmen, insb. Mischfinanzierungs- tatbestände	744	199
5. Haushaltshoheit	746	200
a) Grundsatz der Haushaltstrennung	746	200
b) Einschränkungen	748	201
III. Haushaltsverfassung	754	203
1. Geltungsbereich	754	203
2. Haushaltsplan und Haushaltsgesetz	755	203
a) Parlamentarisches Budgetrecht	755	203
b) Haushaltsplan	756	203
c) Haushaltsgesetz	757	204
d) Haushaltsgrundsätze	759	204
3. Kreditfinanzierung – Staatsschuldenrecht	761	205
4. Nothaushaltsrecht und Notbewilligungsrecht	765	207
5. Haushaltskontrolle	767	207
§ 12. Umwelt- und Tierschutz	769	208
I. Schutzgegenstand und Zukunftsbezug	769	208
II. Normadressaten	772	209
1. Legislative	773	209
2. Exekutive und Judikative	776	210
III. Rechtscharakter	777	210
§ 13. Bestand des Verfassungsstaates – „wehrhafte Demokratie“	779	211
I. Hintergrund	779	211

	R.n.	S.
II. Schutz des Verfassungskörpers	782	212
1. Erschwerte Abänderbarkeit	784	212
2. Verbot der Verfassungsdurchbrechung	787	213
3. Unabänderlicher Kernbestand – „Ewigkeitsklausel“	788	213
III. Schutz gegen Bedrohungen aus dem staatlichen Binnenbereich	795	216
1. Verfassungstreuepflicht der Beamten und Richter	796	216
2. Richteranklage	797	216
3. Präsidentenanklage	798	217
IV. Schutz gegen Bedrohungen aus der Gesellschaft	799	217
1. Verwirkung von Grundrechten	801	217
2. Vereinsverbot	802	218
3. Parteiverbot	803	218
V. Exekutiver Verfassungsschutz	807	220
§ 14. Offene Staatlichkeit – Deutschland in Europa	808	221
I. Normbefund	808	221
II. Völkerrechtsoffenheit und Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	809	221
1. Internationale Zusammenarbeit	810	221
a) Übertragung von Hoheitsrechten	810	221
b) System kollektiver Sicherheit	812	222
c) Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten	814	223
2. Übernahme von Völkerrecht in nationales Recht	815	223
a) Völkerrechtliche Verträge	815	223
b) Allgemeine Regeln des Völkerrechts	819	224
3. Friedliches Zusammenleben der Völker	822	225
4. Grenze der Völkerrechtsoffenheit: Vorrang der Verfassung	824	225
III. Verwirklichung eines vereinten Europas – Europäische Union	827	226
1. Historische Leitlinien	828	227
2. Rechtsnatur der Europäischen Union – Staatenverbund	833	228
3. Organe der Europäischen Union und ihre Aufgaben	838	229
a) Europäisches Parlament	839	229
b) Europäischer Rat	840	230
c) Rat	841	230
d) Europäische Kommission	842	230
e) Gerichtshof der Europäischen Union	843	231

	R.n.	S.
f) Europäische Zentralbank	844	231
g) Rechnungshof	845	231
4. Europäische Integration und ihre Grenzen	846	231
a) Übertragung von Hoheitsrechten – formelle Voraussetzungen	846	231
b) Materielle Voraussetzungen: Anforderungen an die Europäische Union	847	232
c) Besondere Mehrheitsvoraussetzungen – Grenzen der Integration	850	232
5. Verhältnis des Unionsrechts zum deutschen Recht	852	233
a) Primär- und Sekundärrecht	852	233
b) Rang des Unionsrechts – Anwendungsvorrang	854	234
c) Verhältnis des Unionsrechts zu Grundrechten des Grundgesetzes	857	234
6. Aspekte der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung	858	235

Teil III. Organe, Kompetenzen und Funktionen

§ 15. Gewaltenteilung	864	237
I. Allgemeine Bedeutung	864	237
1. Drei Funktionen	864	237
a) Legislative, Exekutive und Judikative	864	237
b) Trennung und Zuordnung	867	238
2. Drei Beweggründe	868	238
a) Rechtsstaatliches Motiv	869	238
b) Demokratisches Motiv	871	239
c) Motiv der Effektivität	872	239
II. Ideengeschichte der Gewaltenteilung	875	240
1. Antike	875	240
2. Gewaltenmonismus, Absolutismus	877	240
3. Moderne Gewaltenteilungslehren	879	241
a) John Locke	880	241
b) Charles de Montesquieu	883	241
c) „Hinkende Gewaltenteilung“ im 19. Jahrhundert	884	242
III. Gewaltenteilung im Grundgesetz	885	242
1. Horizontale und vertikale Gewaltenteilung	885	242
a) Rechtsstaatliche Gewaltenteilung	885	242
b) Bundesstaatliche Gewaltenteilung	886	243

	Rn.	S.
2. Arten der horizontalen Gewaltenteilung	887	244
a) Funktionelle Gewaltenteilung	887	244
b) Organisatorische Gewaltenteilung	891	244
c) Personelle Gewaltenteilung	895	246
3. Gewaltenverschränkung	899	247
a) Funktionsverzahnungen – Ineinandergreifen der Gewalten	900	247
b) Grenzen der Gewaltenverschränkung	903	248
c) Strikte Gewaltentrennung im Bereich der Rechtsprechung	906	248
§ 16. Bundestag und Bundesrat	911	250
I. Gesetzgeber; Funktionen von Gesetz und Gesetz- gebung	911	250
II. Bundestag	917	251
1. Rechtsstellung und Funktionen	918	252
a) Rechtsgrundlagen	918	252
b) Rechtsstellung und Untergliederungen	920	252
c) Aufgaben	923	253
d) Beschlüsse, Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung	924	253
e) Selbstversammlungsrecht; kein Selbst- auflösungsrecht	926	254
2. Abgeordnete (Mitglieder des Bundestages)	929	254
a) Rechtsstellung der Abgeordneten und Rechtsgrundlagen	930	254
b) Freies Mandat	932	255
c) Gleiches Mandat	935	256
d) Organschaftliche Mitwirkungsrechte	936	256
e) Indemnität und Immunität	938	257
3. Wahlen zum Deutschen Bundestag	941	258
a) Wahlsysteme	942	258
aa) Mehrheitswahlsystem	943	258
bb) Verhältniswahlsystem	945	259
b) Bundeswahlrechtssystem – Grundzüge	947	259
c) Sitzuteilungsverfahren	951	262
aa) Oberverteilung	952	263
bb) Unterverteilung – Zweitstimmendeckung	953	263
cc) Einzelbewerber	957	264
dd) Mehrheitssicherung	958	264
d) Umrechnungsmethode nach Sainte-Laguë/ Schepers	959	264

	R.n.	S.
e) Einzelfragen zur Vertiefung	964	266
aa) Fünf-Prozent-Sperrklausel	964	266
bb) Wahlkreisklausel (Grundmandatsklausel)	967	267
cc) Abschied von den sog. Überhangmandaten	969	268
f) Wahlprüfung	970	269
4. Leitung und Verwaltung des Bundestages	975	270
a) Bundestagspräsident und Stellvertreter	975	270
aa) Wahl und Stellung des Bundestagspräsidenten	975	270
bb) Funktionen des Bundestagspräsidenten	978	270
cc) Stellvertreter	982	271
b) Präsidium	985	272
c) Ältestenrat	986	272
d) Bundestagsverwaltung	988	272
5. Fraktionen	989	273
a) Funktionen	989	273
b) Rechtsgrundlagen und Rechtsstellung	990	273
aa) Bildung	993	274
bb) Parlamentarische Rechte	996	275
cc) Ausschluss	999	276
6. Gruppen	1000	277
7. Ausschüsse	1002	277
a) Allgemeines	1002	277
b) Untersuchungsausschüsse	1008	279
aa) Allgemeines	1008	279
bb) Einsetzung	1011	279
cc) Rechte und Verfahren	1016	280
III. Bundesrat	1020	281
1. Rechtsstellung und Rechtsgrundlagen	1020	281
2. Funktion des Bundesrates	1021	282
a) Föderativ geprägtes Organ	1021	282
b) Mitwirkungsrechte	1023	282
3. Geschichtlicher Hintergrund	1025	282
4. Zusammensetzung und Organisation	1028	283
a) Bestellung und Abberufung durch die Landesregierungen	1028	283
b) Stimmenverhältnis	1031	284
c) Plenum und Ausschüsse	1034	285
d) Präsident	1037	285
e) Vergleich zwischen Bundestag und Bundesrat	1039	286

	Rn.	S.
5. Verfahren	1044	287
a) Regelungen im Grundgesetz	1044	287
b) Beschlüsse, Beschlussfähigkeit, Beschluss- fassung	1045	287
c) Einheitliche Stimmabgabe	1049	288
6. Mitwirkung im Bereich der Legislative	1053	289
a) Vorverfahren	1054	289
b) Beteiligung bei Zustimmung- und Einspruchsgesetzen	1055	290
c) Keine zweite „Gesetzgebungskammer“	1058	290
7. Mitwirkung im Bereich der Exekutive	1059	291
a) Zustimmungsbedürftige Rechtsverordnungen ..	1059	291
b) Zustimmungsbedürftigkeit bei Maßnahmen der Verwaltungsorganisation	1062	291
c) Notstand	1065	292
8. Mitwirkung im Bereich der Judikative	1068	292
9. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union	1069	292
§ 17. Gesetzgebung und Normsetzung	1072	294
I. Gesetzgebungskompetenzen	1072	294
1. System der Kompetenzverteilung – Ausgangs- vermutung zugunsten der Länder	1072	294
2. Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes	1078	295
a) Systematik – Umfang	1078	295
b) Sachbereiche	1080	296
3. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen	1083	297
a) Systematik	1083	297
b) „Kernkompetenz“ („Vorrangkompetenz“)	1085	297
c) „Bedarfskompetenz“ („Erforderlichkeits- kompetenz“)	1089	298
d) „Abweichungskompetenz“	1094	299
4. Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes ..	1097	300
5. „Ungeschriebene“ Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	1098	301
a) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs .	1099	301
b) Annexkompetenz des Bundes	1100	302
c) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	1101	302
II. Gesetzgebungsverfahren	1103	303
1. Funktion und Rechtsgrundlagen	1103	303
a) Formelles Verfahren, beteiligte Organe	1103	303

	R.n.	S.
b) Rechtsgrundlagen und Rechtsfolgen von Verstößen	1106	303
c) Abschnitte des Gesetzgebungsverfahrens	1110	304
2. Vorverfahren (Einleitungsverfahren)	1111	304
a) Gesetzesvorlage	1112	304
b) Gesetzesinitiativen der Bundesregierung	1114	305
c) Gesetzesinitiativen des Bundesrates	1116	306
d) Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Bundestages	1118	306
e) Befassungspflicht	1121	307
3. Hauptverfahren im Bundestag	1122	307
a) Drei Beratungen (Lesungen)	1123	307
b) Schlussabstimmung	1127	308
4. Hauptverfahren: Beteiligung des Bundesrates	1128	309
a) Einspruchsgesetze	1130	309
aa) Rechtswirkung und Reaktionsmöglichkeiten	1130	309
bb) Vermittlungsverfahren	1133	310
cc) Einspruch	1135	310
dd) Zurückweisung des Einspruchs	1136	311
b) Zustimmungsgesetze	1138	312
aa) Verfahren	1138	312
bb) Katalog der Zustimmungsgesetze	1143	312
cc) Änderungsgesetze	1149	314
5. Abschlussverfahren	1153	316
a) Gegenzeichnung	1154	316
b) Ausfertigung	1156	316
aa) Funktionen	1156	316
bb) Prüfungs- und Ausfertigungsverweigerungskompetenz	1157	317
c) Verkündung	1174	320
6. Inkrafttreten	1177	321
7. Verwerfungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	1179	322
III. Rechtsverordnungen	1182	323
1. Begriff und Bedeutung	1182	323
a) Exekutive Rechtsetzung	1182	323
b) Gesetze im „nur-materiellen“ Sinn	1185	323
c) Abgrenzung und Rang	1186	324
2. Delegation der Rechtsetzungsgewalt: Ermächtigungsvorbehalt	1188	324

	Rn.	S.
3. Rechtsverordnungen aufgrund von Bundes-		
gesetzen	1192	325
a) Verfassungsgrundlage und Funktion	1192	325
b) Anwendungsbereich	1193	325
c) Ermächtigungsadressaten (Delegatäre)	1195	325
d) Ermächtigungsumfang und -inhalt	1198	326
aa) Ermächtigungsgrundlage	1198	326
bb) Delegationsbeschränkung: Parlaments-		
vorbehalt	1201	327
cc) Bestimmtheitsgebot	1202	327
e) Anforderungen an die Rechtsverordnung		
selbst	1205	328
aa) Zurechnung zum Ermächtigungs-		
adressaten	1206	328
bb) Zustimmungsbefähigung	1208	328
cc) Zitiergebot	1212	329
dd) Ausfertigung, Verkündung, Inkrafttreten .	1213	329
f) Prüfungsaufbau	1215	329
g) Rechtsfolgen von Rechtsverstößen	1216	330
aa) Verfassungswidrigkeit der Ermächtigungs-		
grundlage	1216	330
bb) Rechtswidrigkeit der Rechtsverordnung .	1217	330
cc) Verwerfungskompetenz	1220	331
IV. Satzungen	1222	331
1. Delegation der Rechtsetzungsgewalt	1222	331
2. Satzung als Rechtsetzungsinstrument	1225	332
3. Rechtfertigung und Grenzen	1229	333
§ 18. Regierung und Verwaltung	1238	334
I. Vollziehende Gewalt (Exekutive): Überblick	1238	334
1. Negativdefinition	1238	334
2. Regierung (Gubernative)	1241	335
3. Verwaltung (Administration)	1243	335
4. Schnittstellen	1246	336
II. Bundesregierung	1248	336
1. Rechtsstellung und Bedeutung	1248	336
2. Regierungsbildung	1251	337
a) Wahl des Bundeskanzlers	1252	337
aa) Wahl auf Vorschlag des Bundespräsidenten	1253	337
bb) Wahl auf Initiative des Bundestages mit		
„Kanzlermehrheit“	1256	338
cc) Wahl auf Initiative des Bundestages mit		
einfacher Mehrheit	1257	338

	R.n.	S.
b) Ernennung des Bundeskanzlers	1258	338
c) Ernennung der Bundesminister	1259	339
3. Amtszeit des Bundeskanzlers	1266	340
a) Legislaturende und „Rücktritt“	1266	340
b) Misstrauensvotum	1268	340
aa) „Destruktives“ Misstrauensvotum	1269	341
bb) „Konstruktives“ Misstrauensvotum	1270	341
cc) Verfahren	1272	341
c) Vertrauensfrage	1273	342
aa) Erfolg und Scheitern der Vertrauensfrage	1275	342
bb) Echte Vertrauensfrage	1281	343
cc) Unechte Vertrauensfrage	1282	343
d) Geschäftsführende Bundesregierung	1285a	344
4. Amtszeit der Bundesminister	1286	344
5. Aufgaben und interne Organisation	1289	345
a) Bundeskanzler	1290	345
aa) Geschäftsleitungskompetenz	1290	345
bb) Organisations- und Personalkompetenz (Kabinettsbildungsrecht)	1291	345
cc) Richtlinienkompetenz	1293	346
b) Bundesminister	1296	346
c) Bundesregierung als Kollegium	1297	347
6. Staatssekretäre	1302	348
III. Bundespräsident	1305	348
1. Rechtsstellung	1305	348
a) Rechtsgrundlagen und historischer Hintergrund	1305	348
b) Wahl durch die Bundesversammlung	1307	349
c) Amtszeit; Vertretung	1310	350
2. Kompetenzen	1311	350
a) Repräsentation und Integration	1311	350
b) Völkerrechtliche Vertretung der Bundes- republik Deutschland	1314	351
c) Ernennungs- und Entlassungskompetenz	1316	352
d) Begnadigungsrecht	1318	352
e) „Reservebefugnisse“	1319	352
f) Ausfertigung von Bundesgesetzen	1324	353
3. Vorbehalt der Gegenzeichnung	1328	354
a) Funktion	1329	354
b) Umfang	1332	354
c) Rechtsfolgen	1335	355
4. Präsidentenanklage	1337	355

	Rn.	S.
IV. Verwaltungskompetenzen, insbesondere Vollzug von Bundesgesetzen	1338	356
1. Gesetzesakzessorische und nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	1338	356
a) Gesetzesakzessorische Verwaltung	1338	356
b) Nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	1340	357
2. Verwaltung im Bundesstaat	1342	357
a) Bundes- und Landesverwaltung – Kommunalverwaltung	1342	357
b) Verbot der Mischverwaltung	1345	358
c) Spezifische Funktion einer Bundesverfassung	1346	359
3. Ausführung der Landesgesetze	1347	359
4. Ausführung der Bundesgesetze	1348	359
a) Allgemeines	1348	359
b) Landeseigenverwaltung	1350	360
c) Landesverwaltung im Bundesauftrag („Bundesauftragsverwaltung“)	1360	362
d) Bundesverwaltung	1371	365
aa) Systematisierung	1371	365
bb) Unmittelbare und mittelbare Bundesverwaltung	1374	365
cc) Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	1378	367
dd) Ungeschriebene Verwaltungskompetenzen des Bundes	1380	368
ee) Organisationsvorgaben	1381	368
5. Zuständigkeit für die nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	1382	369
V. Öffentlicher Dienst	1383	369
1. Hintergrund – Differenzierung	1383	369
2. Öffentlicher Dienst i.e.S. (Berufsbeamte)	1385	370
a) Funktionsvorbehalt	1386	370
b) Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	1389	371
c) Leistungsprinzip	1395	371
3. Öffentlicher Dienst i.w.S.; andere öffentliche Ämter	1398	372
VI. Amts- und Rechtshilfe; Krisenbewältigung	1400	372
1. Bedeutung	1400	372
2. Voraussetzungen und Grenzen	1404	373

	R.n.	S.
3. Bundesstaatliche Kooperation in Krisen- situationen	1408	374
a) Fallgruppen	1408	374
b) Einsatz der Bundeswehr gegen terroristische Anschläge	1411	375
VII. Staatshaftung	1414	376
1. Bedeutung	1415	376
2. Amtshaftungsanspruch	1418	377
a) Rechtsgrundlagen	1418	377
b) Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	1421	377
§ 19. Rechtsprechung	1426	379
I. Richtervorbehalt	1426	379
1. Merkmale des Recht-Sprechens	1428	379
2. Unabhängigkeit von Richtern und Gerichten	1433	380
II. Verfassungsrechtliche Verfahrensgarantien	1436	381
1. Recht auf den gesetzlichen Richter	1437	381
2. Anspruch auf rechtliches Gehör	1439	382
3. Gebot des fairen Verfahrens	1442	382
4. Strafrechtliche Verfahrensgarantien	1443	382
a) Nulla poena sine lege – Rückwirkungsverbot u.a.	1443	382
b) Ne bis in idem – Mehrfachbestrafungsverbot	1448	383
c) Habeas corpus – Richtervorbehalt bei Freiheitsentziehungen	1448a	383
III. Organisation und Aufgaben der Fachgerichtsbar- keiten	1449	384
IV. Bundesverfassungsgericht	1454	385
1. Stellung und Rechtsgrundlagen	1454	385
2. Aufbau und Arbeitsweise	1456	386
V. Verfassungsprozessrecht (Grundzüge)	1461	387
1. Allgemeines	1461	387
a) Prüfungsumfang, Enumerationsprinzip	1462	387
aa) Keine „Superrevisionsinstanz“	1462	387
bb) Enumeration der Verfahrensarten	1463	387
cc) Kontradiktorische Verfahren und objektive Rechtsbeanstandungsverfahren	1465	388
dd) Verfassungsbeschwerde als häufigste Verfahrensart	1468	389
b) Zulässigkeit: Prüfung in der Klausur u.dgl.	1472	390
c) Zulässigkeit: Statthaftigkeit (Rechtsweg)	1481	392

	Rn.	S.
d) Zulässigkeit: allgemeine Sachentscheidungs- voraussetzungen	1482	393
aa) Verfahrensfähigkeit (Prozessfähigkeit) . . .	1483	393
bb) Postulationsfähigkeit	1487	394
cc) Form	1488	394
dd) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis (Rechtsschutzinteresse)	1490	395
e) Begründetheit	1492	395
f) Entscheidung, Entscheidungswirkungen	1496	396
aa) Stattgabe, Zurückweisung, Verwerfung . .	1496	396
bb) Bindungswirkungen	1497	396
2. Organstreit	1499	396
a) Allgemeines	1499	396
b) Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .	1502	398
c) Begründetheit	1517	401
d) Entscheidung	1520	402
e) Sonderfälle des Organstreitverfahrens	1521	402
3. Abstrakte Normenkontrolle	1523	403
a) Allgemeines	1523	403
b) Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .	1525	403
c) Begründetheit	1539	407
d) Entscheidung	1544	408
e) Sonderfälle der abstrakten Normenkontrolle . .	1547	409
f) Abgrenzung: Subsidiaritätsklage zum Gerichts- hof der Europäischen Union	1555	411
4. Konkrete Normenkontrolle	1556	411
a) Allgemeines	1556	411
b) Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .	1562	413
c) Begründetheit	1577	417
d) Entscheidung	1581	417
e) Abgrenzung: Vorabentscheidungsverfahren . .	1584	418
5. Bund-Länder-Streit	1585	418
a) Allgemeines	1585	418
b) Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .	1588	419
c) Begründetheit	1595	421
d) Entscheidung	1597	421
6. Wahlprüfungsbeschwerde	1598	421
a) Allgemeines	1598	421
b) Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen .	1600	422
c) Begründetheit	1608	424
d) Rechtsfolgen	1609	425

	R.n.	S.
7. Einstweilige Anordnung	1610	425
a) Allgemeines	1610	425
b) Zulässigkeitsvoraussetzungen	1614	426
c) Begründetheit	1622	428
d) Entscheidung	1630	429
8. Landesverfassungsgerichtsbarkeit	1632	430
a) Stellung; Abgrenzung	1632	430
b) Verfahren vor den Landesverfassungsgerichten	1637	431
c) Zuständigkeiten und Prüfungsmaßstäbe	1639	431
 Verzeichnis der Übersichten und Schemata		433
Verzeichnis der Erläuterungsfälle		436
Verzeichnis der zitierten Entscheidungen des Bundesverfassungs-		
gerichts		438
Sachverzeichnis		445


beck-shop.de
 DIE FACHBUCHHANDLUNG